

SPD-Spitze: Ja zur Nachrüstung

Die SPD-Spitze stellt sich bei der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen hinter Kanzler Scholz. Ex-Parteichef Norbert Walter-Borjans kritisiert den „gefährlichen Irrweg“ – hofft auf eine faire Debatte

Von **Stefan Reinecke**

Im Jahr 2026 werden im Westen Deutschlands US-Marschflugkörper vom Typ Tomahawk, Luftabwehrraketen vom Typ SM-6 und Hyperschallwaffen stationiert werden. Die Marschflugkörper können auch nuklear bestückt werden, allerdings halten Experten das für eine theoretische Möglichkeit.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte die Stationierung am Rande des Nato-Gipfels in den USA in einer Erklärung mitteilen lassen – als wäre es ein Detail, das keine Debatte benötigt. Eine Fehleinschätzung – in der SPD regte sich Widerstand. Fraktionschef und Abrüstungsexperte Rolf Mützenich warnte, dass die neuen Raketen „eine sehr kurze Vorwarnzeit“ hätten, in Russland als Bedrohung gesehen werden könnten und eine „unbeabsichtigte militärische Eskalation“ wahrscheinlich machen würden. Auch der Ex-SPD-Chef Norbert Walter-Borjans und der Willy-Brandt-Kreis warnten vor einem neuen Rüstungswettlauf und vor Eskalationsrisiken.

Außerdem gebe es keine Raketenlücke, die die Bundesrepublik allein mit den USA schließen müsse. Die vorhandene Abschreckung durch see- und luftgestützte Nato-Raketen reiche aus.

Das SPD-Präsidium hat sich hinter den Kanzler gestellt. Die Stationierung, heißt es, „ist eine Reaktion auf den eklatanten Völkerrechtsbruch Russlands in der Ukraine und trägt der Bedrohung Europas durch die massive russische Aufrüstung Rechnung“. Russland habe „nuklear bestückbare Raketen in Position gebracht, die nicht nur aus Kaliningrad, sondern weit aus dem rückwärtigen Raum Russlands bis nach Westeuropa reichen“. Putin habe damit den Abrüstungsvertrag INF gebrochen. Das sei ein „massiver Angriff auf die bisherige europäische Sicherheitsarchitektur“, die Stationierung sei keine konfrontative Aufrüstung, sondern reine Verteidigung. Eine nukleare Bewaffnung der neuen Waffen sei „nicht vorgesehen“.

Das ist ein Unterschied zu der Nachrüstung in den 1980er

Jahren. Damals ging es auch um eine vermeintliche Raketenlücke, auf die die Nato mit der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II reagierte. Die waren aber als Nuklearwaffen geplant. Damals endete der Rüstungswettlauf im INF-Vertrag, den die SPD nun einseitig durch Putin verletzt sieht.

Es gebe keine Raketenlücke, die die Bundesrepublik allein mit den USA schließen müsse

Im Übrigen, so das SPD-Präsidium, werden die „völkerrechtlichen Verpflichtungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags eingehalten“. Das bedeutet: Die US-Raketen werden nur in West-, nicht in Ostdeutschland stationiert. Die Betonung dieses Faktus ist auch auf die Wahlkämpfe in Ostdeutschland gemünzt. Dort macht vor allem das BSW gegen Waffenlieferun-

gen an Kiew und die geplanten US-Raketen mobil. Parteichefin Sahra Wagenknecht erklärte die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am Dienstag kühn zu einer „Abstimmung über Krieg und Frieden“.

Es gibt in der SPD-Erklärung auch ein Angebot an interne KritikerInnen. Die SPD-Spitze will eine „offen geführte Debatte“, die allerdings nicht „von Konfrontation geprägt sein“ soll. Die SPD will „weiterhin Raum für den Dialog“ schaffen. Auch der Bundestag, der der Stationierung nicht zustimmen muss, werde sich mit der Stationierung der US-Raketen befassen.

Norbert Walter-Borjans, der die teils denunziatorische Kritik an Mützenich scharf kritisiert hatte, hält das für einen Erfolg. Die SPD-Spitze habe verstanden, dass man den Raketenbeschluss nicht „en passant und an allen vorbei vollziehen“ könne, so der Ex-SPD-Chef zur taz. Die US-Raketen, so Borjans, die nur in Deutschland stationiert werden sollen, seien ein „gefährlicher Irrweg“.

meinung + diskussion 12

Stefan Reinecke über Scholz und den Raketenbeschluss der SPD

Irreparabler Schaden

Die SPD-Spitze steht hinter Kanzler Olaf Scholz und der geplanten Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. Die SPD will zwar gerne noch mal über die Waffensysteme reden. Allerdings bitte ohne Konfrontation. Und das Ergebnis steht auch schon fest: Die Waffen werden kommen. Eine Debatte ohne Streit und mit feststehendem Ergebnis? Das kennt man eher aus autoritären Regimen. Insofern ist dieses Diskussionsangebot eher eine aufgehübschte Version von: Wir müssen unsere Politik jetzt aber wirklich besser erklären. Diese Formel kommt immer zum Einsatz, wenn der Schaden irreparabel ist.

Der Fehler liegt beim Kanzler. Olaf Scholz hat mit den USA den Raketen-Deal klandestin verhandelt. Es stimmt: Die Ampel hatte in der Nationalen Sicherheitsstrategie neue landgestützte Mittelstreckenwaffen schon ins Visier genommen, ohne dass daran jemand groß Anstoß genommen hatte. Insofern schien Scholz nur etwas Angekündigtes umzusetzen. Die Raketenstationierung als eine Art technischer Vorgang, der keine Diskussion erforderte.

Dieses technokratisch ausgedünnte Verständnis von Politik erleidet gerade fulminant Schiffbruch. Es ist schon verblüffend instinktfrei, Expertentabellen und die Nationale Sicherheitsstrategie für einen Ersatz für eine politischen Grundsatzdebatte zu halten, die ergebnisoffen sein muss, will sie keine Farce sein. Das Kanzleramt aber hat offenbar jedes Gespür für die grassierenden Ängste vor einer Eskalation mit Russland verloren. Nur so ist zu erklären, dass Scholz glaubte, die Raketenstationierung wie einen Verwaltungsakt behandeln zu können.

In diesem diskursiven Vakuum gedeihen Ängste, die von Populisten wie Sahra Wagenknecht benutzt und geschürt werden. Die Krieg-oder-Frieden-Agitation des BSW ist beschämend unterkomplex. In Ostdeutschland ist sie derzeit so wirksam, weil die SPD so verzagt wirkt. Der Beschluss des SPD-Präsidiums suggeriert nun eine Einigkeit, die es nicht gibt. Die SPD ist in der Raketenfrage selbst gespalten. In einer zentralen Frage unsicher oder gespalten aufzutreten, ist in jedem Wahlkampf Gift.

inland 6